

**DER STREIT UM DIE BERGPREDIGT. DIE CHRISTLICHE  
FRIEDENSBEWEGUNG IN DER NACHRÜSTUNGSDEBATTE (1977–1984)**

*Vortrag von Dr. Jan Ole Wiechmann, Hamburg-Wandsbek, 13.10.2017*

**I. Thematische Einführung: Die neue Friedensbewegung und ihr christliches Spektrum**

- In der Atmosphäre des sog. „Zweiten Kalten Krieges“ und insbesondere nach dem NATO-Doppelbeschluss von 1979 entstand in der Bundesrepublik eine neue ‚Friedensbewegung‘, die in kurzer Zeit zur „größten außerparlamentarischen Massenbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik“ wurde<sup>1</sup>.
- Gegen die Aufrüstungspläne der NATO im nuklearen Mittelstreckenbereich fanden riesige Demonstrationen mit jeweils mehreren hunderttausend Menschen statt, es gab Unterschriftenaktionen und Appelle, öffentliche Auseinandersetzungen und vielfältige Aktionsformen, die das Bild der frühen achtziger Jahre in der Bundesrepublik entscheidend mit prägten.
- Der NATO-Doppelbeschluss war dafür nicht die Ursache; er wirkte aber vor dem Hintergrund immer neuer Rüstungsrunden, hochentwickelter Waffentechnologien und nuklearer Kriegsführungsstrategien als Katalysator für die neue Friedensbewegung, die mit Andreas Wirsching insgesamt einen „Kulminationspunkt einer tiefreichenden kulturkritischen (...) Wendung gegen die militärische Außenseite der westlichen ‚Moderne‘“ dargestellt hat.

---

<sup>1</sup> Wirsching, Andreas: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990, München 2006, S. 86.

- Dass DER SPIEGEL seine Titelgeschichte zur neuen Friedensbewegung im Vorfeld des Evangelischen Kirchentages 1981 mit dem Zitat „Selig sind die Friedfertigen“ überschrieb, ist gewiss kein Zufall<sup>2</sup>. Die religiöse Semantik war hier mehr als nur ein Wortspiel, denn die christlichen Friedensinitiativen gehörten ohne Zweifel zu den bedeutsamsten Trägern der heterogen zusammengesetzten Gesamtbewegung. Ihre Vorreiterrolle gilt im Hinblick auf die Organisation, die inhaltliche Prägung und die moralische Autorität der Aktivitäten<sup>3</sup>.
- Bemerkenswert ist dabei der Umstand, dass sich die christliche Friedensbewegung der achtziger Jahre durch ihre Interkonfessionalität auszeichnete. In dieser Form war dies ein Novum in der Geschichte der friedenspolitisch motivierten Proteste in der Bundesrepublik. Die zahlreichen interkonfessionellen Aktivitäten sind dabei nicht zuletzt ein Indiz für die erstmals so vorzufindende gesamtgesellschaftliche Breite der Friedensbewegung.

## **II. Der Streit um die Bergpredigt**

- Aus der christlichen Friedensbewegung heraus entwickelte sich eine Diskussion, deren Ergebnis im Zuge des vielfach postulierten Säkularisierungsprozesses eigentlich geklärt zu sein schien: gestellt wurde die fundamentale Frage nach dem Verhältnis von Politik und Glauben. Sowohl innerhalb der Großkirchen als auch im politischen, gesellschaftlichen und medialen Raum entfaltete diese Diskussion um die Grundlagen politischen Handelns eine große Sprengkraft

---

<sup>2</sup> Pazifismus '81: „Selig sind die Friedfertigen“, in: Der Spiegel Nr. 25 vom 15. Juni 1981, S. 24-32 > BfZ Stuttgart, Dokumentationsstelle für unkonventionelle Literatur, Sammlung Ohne Rüstung leben, Ordner 10

<sup>3</sup> Vgl. in Bezug auf die neuen sozialen Bewegungen insgesamt Willems, Ulrich: Religion und soziale Bewegungen – Dimensionen eines Forschungsfeldes, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 17 (2004), 4, S. 28-41, hier S. 33.

- Die Frage nach der Relevanz des Glaubens für die Politik wurde insbesondere anhand der realpolitischen Gültigkeit des Evangeliums im Atomzeitalter diskutiert. Die Debatte fokussierte sich dabei schnell auf Jesu Bergpredigt mit ihren Kernaussagen Feindesliebe und Gewaltverzicht.
- In meinem heutigen Vortrag sollen verschiedene Ausprägungen des Streits um die Bergpredigt präsentiert und zumindest punktuell im Kontext der kirchen- und gesellschaftsgeschichtlichen Entwicklungen der späten 1970er und frühen 1980er Jahre analysiert werden.

## **1. Die Kontroverse auf der Leitungsebene der Evangelischen Kirche**

- Nachdem es innerhalb der evangelischen Kirche bereits 1980 heftige Kontroverse um die Bergpredigt gegeben hatte, kam es auf Leitungsebene vor allem in den Jahren 1981 und 1982 zu einer grundlegenden Auseinandersetzung über die theologisch-politische Ausrichtung. Dass sich die Mehrheit in den Gremien der EKD *gegen* eine direkte Übernahme der Forderungen der Bergpredigt in die politische Praxis wandte, kennzeichnete u.a. die EKD-Denkschrift „Frieden wahren, fördern und erneuern“ aus dem Oktober 1981.
- Ein zentraler und immer wieder zitierter Satz dieser Denkschrift lautete, dass die Kirche „die Beteiligung an dem Versuch, einen Frieden in Freiheit durch Atomwaffen zu sichern, weiterhin als eine für Christen *noch* mögliche Handlungsweise anerkennen“ müsse<sup>4</sup>. Insgesamt ging der Rat der EKD den in den 1950er Jahren

---

<sup>4</sup> Frieden wahren, fördern und erneuern. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, hrsg. v. der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 1981, S. 70.

eingeschlagenen Weg des ‚Ja und Nein‘ weiter; es war ein Nein zur Anwendung von Atomwaffen bei einem *noch* geduldeten Ja zur nuklearen Abschreckung als politischer Kriegsverhinderungsstrategie<sup>5</sup>.

- Diesem ‚Ja und Nein‘ trat im Juni 1982 die berühmte Erklärung des Moderamen der Reformierten Kirche entgegen, die die Diskussion um die Beantwortung der Friedensfrage auf kirchenoberster Ebene verschärfte.
- In bewusster Abgrenzung zur EKD-Denkschrift hatte das Moderamen die politische Stellung zur Atombewaffnung zur religiösen Bekenntnisfrage, zum *status confessionis*, erklärt, „weil es in der Stellung zu den Massenvernichtungswaffen um das Bekennen oder Verleugnen des Evangeliums“ gehe. Für die Reformierten bedeutete das zeitgenössische sicherheitspolitische System zwischen Gleichgewicht und atomarer Abschreckung nicht zuletzt mit Blick auf die Bergpredigt eine dezidiert unchristliche Gestaltungsweise. Mit einem bedingungslosem „Nein ohne jede Ja“ zu Massenvernichtungsmitteln wurde die Einheit von christlicher Überzeugung und politischem Handeln in der Nuklearwaffenfrage gefordert<sup>6</sup>.

---

<sup>5</sup> Vgl. das Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Friedensdiskussion im Herbst 1983 [September 1983], in: KJ 110 (1983), S. 45-49, bes. S. 49.

<sup>6</sup> Vgl. Moderamen des Reformierten Bundes: Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche [Juni 1982], in: KJ 108/109 (1981/82), S. 103-105, Zitate ebd.

## 2. Die Friedenskampagne auf dem Kirchentag 1983 in Hannover

- Die Wirkungsgeschichte des theologischen wie politischen „Nein ohne Ja“ in der Friedensbewegung insgesamt und speziell in ihrem christlichen Spektrum ist beachtlich. Besondere Bedeutung kam in diesem Zusammenhang dem Evangelischen Kirchentag im Juni 1983 zu, wo die christlich motivierte Mobilisierung für den Frieden einen Höhepunkt erlebte.
- Neben verschiedenen Veranstaltungen, Aktionsformen und Diskussionsforen stand die Friedenskampagne „Umkehr zum Leben – Die Zeit ist da für ein Nein ohne jedes Ja zu Massenvernichtungswaffen“ ohne Zweifel im Zentrum nicht nur der friedenspolitischen Debatten, sondern des Kirchentags insgesamt. Hier wurde also explizit die Aussage des Reformierten Bundes aufgenommen.
- Nahezu alle größeren Medienberichte zum Kirchentag stellten diese massenwirksame Kampagne in den Mittelpunkt, die fast alle der produzierten 90.000 violetten Halstücher verkaufte, auf denen ihr Motto aufgedruckt war<sup>7</sup>.

## 3. Franz Alts „Politik der Bergpredigt“

- Dass auch Katholiken am Evangelischen Kirchentag und an der Kirchentagskampagne teilnahmen, ist nur ein *kleines* Indiz für die Tatsache, dass der christlich motivierte und im öffentlich-politischen Raum geäußerte Friedensprotest zu Beginn der achtziger Jahre nicht nur eine protestantische Angelegenheit war.

---

<sup>7</sup> Vgl. in nuce Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 94.

- Die größte öffentliche Aufmerksamkeit in der katholischen Debatte um Frieden und Sicherheit erhielt Journalist und CDU-Mitglied Franz Alt, dessen Buch „Frieden ist möglich“ im Sommer 1983 mit 237.000 Verkäufen als „das meistgekauft Buch in der Bundesrepublik Deutschland“ galt<sup>8</sup>.
- Franz Alts Bestseller wurde also nicht nur in der christlichen, speziell katholischen Friedensbewegung stark rezipiert, sondern erzielte in der gesamtgesellschaftlichen Diskussion eine große Wirkung.
- Der Untertitel der kleinen Broschüre lautete programmatisch: „Die Politik der Bergpredigt.“ Mit vielen zitierfähigen Ausdrücken und Sätzen versuchte Franz Alt die unmittelbare Bedeutung der Bergpredigt für die Politik im Allgemeinen und die Sicherheitspolitik im Besonderen zu verdeutlichen. Die Bergpredigt sei kein „Heimatroman“, sie sei radikaler als das kommunistische Manifest, ja *allein* mit ihr könne man angesichts des „immer komplizierter und gefährlicher werdende(n) ‚Gleichgewicht des Schreckens‘“ noch regieren. Ganz prägnant hieß es in Bezug auf die Atomwaffenfrage bei Alt: „Die Bergpredigt oder das Ende der Geschichte.“<sup>9</sup>

#### **4. Gesinnung und Verantwortung. Die Debatte über die Bergpredigt auf Regierungsebene**

- Schon vor Franz Alts Buchpublikation hatten sich führende Politiker in der Frage um Glaube und Politik von den christlichen Anfragen aus der Friedensbewegung

---

<sup>8</sup> Hauswedell, Corinna: Friedenswissenschaften im Kalten Krieg. Friedensforschung und friedenswissenschaftliche Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren, Baden-Baden 1997, S. 174.

<sup>9</sup> Alt, Franz: Frieden ist möglich. Die Politik der Bergpredigt, München 1983, Zitate auf S. 9 und 104f.

herausgefordert gefühlt, ja diese Fragen wurden als so dringlich empfunden, dass man offensive Stellungnahmen abgab.

- Bereits im Frühjahr 1981 äußerte Helmut Schmidt in einem Interview die Meinung, „dass es ein Irrtum wäre, die Bergpredigt als einen Kanon für staatliches Handeln aufzufassen“. Er kritisierte insbesondere diejenigen, die den Satz „Lieber rot als tot“ zur politischen Leitlinie machen wollten. Die Ideen, den christlichen Pazifismus in konkrete Außenpolitik umzusetzen, seien „in ihrer Naivität absurde Vorstellungen, die völlig abstrahieren von der konkreten geschichtlichen Erfahrung“. Insbesondere verwies Schmidt auf Max Webers Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Mit deutlichem Blick auf die christlichen Friedensstreiter konstatierte er den Irrtum der Pazifisten, „die Lauterkeit ihrer Motive bereits für den Erfolg (zu) halten“<sup>10</sup>.
- Nach dem Regierungswechsel von 1982 stellte sich auch der neue Bundeskanzler Helmut Kohl nicht nur in seinem „Ja“ zum NATO-Doppelbeschluss, sondern auch in seinem „Nein“ zur Übertragbarkeit der Bergpredigt auf staatliches Handeln in die Tradition seines Vorgängers. Von der Differenzierung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik bis in einzelne Formulierungen hinein zeigten sich Parallelen in der Bewertung der Politiker, die zusammen fast ein Vierteljahrhundert lang die Regierungsgeschicke der Bundesrepublik leiteten.

---

<sup>10</sup> Vgl. Politik und Geist. Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Schmidt, in: Evangelische Kommentare 14, 1981, S. 209-216, Zitate S. 213f.

### III. Die Bergpredigt als ‚Vernunft des Überlebens‘

- Gegen die Auffassung vieler Politiker gerade in der Regierungsverantwortung wurde es in der christlichen Friedensbewegung zum Konsens, dass aufgrund der Gefahr eines nuklearen Atomkriegs das theologisch wie politisch begründete „Nein ohne jede Ja“ zu Massenvernichtungswaffen als Überlebensbedingung für die Menschheit und die Schöpfung gelten müsse.
- Die nuklearen Waffen waren eben für die friedensbewegten Christen angesichts der hochentwickelten Waffentechnologie und der neuen nuklearen Kriegsführungsstrategien keine *neutralen* Mittel der Politik mehr. Da sicherheitspolitische Entscheidungen zunehmend den Charakter letzter Fragen der Menschheit angenommen hätten, gehe es hier nicht um politisches Ermessen, sondern ganz grundsätzlich um die Nachfolge Jesu<sup>11</sup>. Die Frage nach den Massenvernichtungsmitteln wurde zum „Gegenstand des Unabstimmbaren“ ernannt<sup>12</sup>. Aufgrund der Irreversibilität sicherheitspolitischer Entscheidungen im Atomzeitalter sollte der Staat in diesem Sinne „wieder auf die bewegliche Regelung vorletzter Dinge der Menschheit“ verwiesen werden<sup>13</sup>.
- In der christlichen Friedensbewegung erfolgte in der Forderung nach der Überwindung von „Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ gleichsam eine grundsätzliche Umkehrung traditioneller Sicherheitsvorstellungen. Dabei wurde die biblische Feindesliebe in der christlichen Friedensbewegung zugleich als Konzept sicherheitspolitischer Rationalität verstanden.

---

<sup>11</sup> Deile, Volkmar: Einleitung, in: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.): Christen im Streit um den Frieden. Beiträge zu einer neuen Friedensethik. Positionen und Dokumente, Freiburg 1982, S. 11-18, hier S. 15.

<sup>12</sup> Simon, Helmut: Die Hoffnung muss gehen lernen, 10.6.1981, abgedruckt in: Luhmann Hans-Jochen / Neveling-Wagener, Gundel (Hg.): Deutscher Evangelischer Kirchentag. Hannover 1983. Dokumente, Stuttgart 1984, S. 556-559, hier S. 557.

<sup>13</sup> Gerhard, Wilfried: Religiöse Moral und sicherheitspolitische Rationalität, in: Vierteljahrsschrift für Sicherheit und Frieden 2, 1984, S. 7-13, hier S. 13.



- Der nukleare Modus der Sicherheitsproduktion im Ost-West-Gegensatz war für sie zu einer größeren Gefahr geworden als der konkrete Gegner, die Sowjetunion. Helmut Gollwitzer brachte diese Sichtweise auf den Punkt: „Während es früher meist im Gegensatz stand: entweder ich handle nach der Feindesliebe oder ich handle nach der Vernunft, ist es heute eine identische Forderung“<sup>14</sup> Der friedensbewegte Christ und SPD-Politiker Erhard Eppler nannte manche Formen des Pazifismus im Vergleich zur offiziellen Sicherheitspolitik „noch geradezu rational“<sup>15</sup>.
- Die christlichen Initiativen wehrten sich infolge solcher Einsichten auch gegen die Vorwürfe, dass die Friedensbewegung eine irrationale Angstbewegung sei. Zum einen wurde im Zuge eines in der Friedensbewegung allgemein festzustellendem „Bedeutungsgewinns von Emotionen“ die ‚begründete Angst‘ (Franz Alt) als angemessen und insofern vernünftig bewertet<sup>16</sup>. Zum anderen betonten die Friedensbewegten ihrerseits die *Irrationalität* des Abschreckungssystems, das auf der Drohung mit millionenfachem Tod basierte.
- Wenn die bisweilen explizit als Regierungsproklamation Jesu bezeichnete Bergpredigt folgerichtig als „Vernunft des Überlebens“<sup>17</sup> in politische Handlungsfelder überführt werden sollte, war natürlich auch die Unterscheidung zwischen Verantwortungs- und Gesinnungsethik hinfällig geworden. Angesichts der mehrfachen Overkill-Kapazitäten im Abschreckungssystem seien christliche Gesinnung und politische Verantwortung deckungsgleich.

---

<sup>14</sup> Gollwitzer, Helmut: Gründe, warum Christen die Atomrüstung nicht bejahen können, in: Küpper, Christel / Rieger, Franz (Hg.): Atomwaffen und Gewissen. Entscheidungshilfen für Christen, Freiburg 1983, S. 18-24, hier S. 22.

<sup>15</sup> „Da wurde ein fatales Eigentor geschossen“. Interview mit Erhard Eppler, in: Der Spiegel 25, 15.6.1981.

<sup>16</sup> bei Schregel, Susanne: Konjunktur der Angst. „Politik der Subjektivität“ und neue Friedensbewegung, 1979-1983, in: Greiner, Bernd / Müller, Christian Th. / Walter, Dierk (Hg.): Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 495-520, hier S. 505.

<sup>17</sup> Vgl. u.a. Deile, Volkmar: Vernunft des Überlebens, in: zeichen 4 (Dezember 1981), S. 35.

- Insgesamt wurde in der christlichen Friedensbewegung die Trennung zwischen Bergpredigt und Sicherheitspolitik, Glaube und Vernunft sowie Gesinnung und Verantwortung vor den drängenden Fragen um Krieg und Frieden als künstlich und bedrohlich empfunden.
- Es war Carl Friedrich von Weizsäcker, der Jesu Bergpredigt mit dem Ausdruck der „intelligenten Feindesliebe“ zu aktualisieren beabsichtigte. Diesen Begriff, der Ratio und Glaube sowie Gesinnung und Verantwortung vereinte, nahmen viele christliche Protagonisten und Gruppen der Friedensbewegung auf und suchten mit ihm nach politikfähigen Konzepten.

#### **IV. Säkulare Vernunft und religiöse Glaubensüberzeugung. Das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit in der christlichen Friedensbewegung**

- Bei dieser Suche schien man schließlich mit dem Schlagwort der „Gemeinsamen Sicherheit“ bzw. der „Sicherheitspartnerschaft“ einen Leitbegriff gefunden zu haben.
- Der von Beginn an immer wieder formulierte Grundgedanke dieses Konzepts war, dass im nuklearen Zeitalter und in einer Welt zunehmender globaler Abhängigkeiten und Risiken Überleben nur noch zusammen mit dem Gegner möglich sei. Die Gefahr durch Atomwaffen mache ein Sicherheitsdenken obsolet, in dem Sicherheit in militärischen Kategorien von Abgrenzung und Abwehr gedacht werde.
- In der Wahrnehmung einer Einheit von Glaube und Rationalität im nuklearen Zeitalter postulierte das christliche Spektrum die Idee einer Gemeinsamen Sicherheit vielfach dezidiert sowohl als Konkretisierung der biblischen Feindesliebe als auch als Konzept politischer Vernunft. In gewisser Weise bedeutete dies eine „Sakralisierung“ des

säkularen Topos ‚Sicherheit‘<sup>18</sup>, aber gleichsam auch eine Politisierung der weiten biblischen Friedensvorstellung, die sich im Begriff des ‚Shalom‘ manifestierte.

## V. Die christliche Friedensbewegung im historischen Kontext

- Betrachtet man die neue Friedensbewegung und im Besonderen ihr christliches Spektrum im historischen Zusammenhang, so haben diese nicht zuletzt dazu beigetragen, die für abgeschlossen gehaltene Debatte über das Verhältnis von Glauben und Politik zumindest im Bereich der Sicherheitspolitik neu zu entfachen.
- Die Gründe dafür lagen vor allem in einer neuartigen, auch gesamtgesellschaftlich wahrgenommenen Bedrohung durch das vorangeschrittene Atomzeitalter und weniger in dem bewussten Versuch, politische Bedeutungsverluste des Christentums wieder rückgängig zu machen<sup>19</sup>.
- An dieser Stelle sei hier wenigstens angedeutet, dass in der christlichen Friedensbewegung nicht nur ein neuartiges Verständnis von rüstungspolitischer Rationalität, sondern auch ein spezifisches Verständnis von Demokratie, Fortschritt oder Freiheit festzustellen ist. Im Hinblick auf die Freiheit gab es so etwa neben dem Frieden „keinen Wert, und sei er noch so hoch, der um den Preis von einigen hundert Millionen Toten verteidigt werden dürfte“<sup>20</sup>. Man könnte angesichts dieser Lebens- und Friedensorientierung von einer tendenziellen Entkoppelung der in der politischen Rhetorik ansonsten untrennbar verbundenen Begriffe Frieden und Freiheit sprechen.

---

<sup>18</sup> Vgl. zur „Sakralisierung säkularer Topoi“ Stadtland, Helke: „Friede auf Erden“. Religiöse Semantiken und Konzepte der Friedens im 20. Jahrhundert, in: dies. (Hg.): „Friede auf Erden“. Religiöse Semantiken und Konzepte der Friedens im 20. Jahrhundert, Essen 2009, S. 21-54, hier S. 51.

<sup>19</sup> Vgl. ebd., S. 44.

<sup>20</sup> Vgl. Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste: Ein Vorschlag zur Auseinandersetzung. Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik!, abgedruckt in: Frieden schaffen ohne Waffen (Aktionshandbuch 2), Bornheim-Merten 1981, S. 16-19, hier S. 17.

Dies führte nicht selten zum Vorwurf, dass die Friedensbewegung dazu bereit sei, den Grundsatz „Lieber rot als tot“ zu tolerieren.

- Allerdings ist nicht pauschal eine Marginalisierung, sondern eher eine Umdefinition der Freiheit zu konstatieren. Die christlichen Gruppierungen definierten Freiheit so als Atomwaffen- und Gewaltfreiheit, als Freiheit der Dritten Welt vor Eingriffen der nördlichen Industriestaaten sowie als Gewissens-, Meinungs- und Entfaltungsfreiheit des Individuums, die sie bisweilen der Schreckensvision eines totalitären ‚Atomstaats‘ gegenüberstellten.
- Insgesamt ist die christliche Friedensbewegung im größeren historischen Kontext der Bundesrepublik zu analysieren, wo das Vertrauen in die gesellschaftliche Entwicklung und die traditionelle Politik im Angesicht der Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seit den frühen siebziger Jahren sichtbar geschwunden war.
- Neben der Bedeutung der Friedensbewegung für die neuerliche Entspannung im Ost-West-Konflikt, die schließlich die friedliche Umwälzung des internationalen Systems vorbereitet hat, ist allein der Umstand, dass sich die bundesrepublikanische Gesellschaft – weit über die Diskussion des NATO-Doppelbeschlusses hinaus – intensiv mit den Grundlagen des (sicherheits-) politischen Handelns auseinandersetzte und große Teile der Bevölkerung ein Problembewusstsein für die Folgen einer säkularisierten, rationalisierten und zunehmend komplexer werdenden Moderne entwickelten, als Wirkungsnachweis auch der christlichen Friedensgruppen zu werten. Ihre Ideen repräsentierten eine Ausdrucksform für den gesellschaftlichen Umgang mit der fundamentalen Epochenzäsur der 1970er Jahre, deren Auswirkungen auch heute noch spürbar sind.

- Paradigmatisch zeigt sich so, dass man Kirchen- und Religionsgeschichte nicht von einer allgemeinen Politik- und Gesellschaftsgeschichte trennen kann, sondern dass diese in ihren Abhängigkeiten und Interdependenzen aufeinander zu beziehen sind. Gerade vor dem Hintergrund der engen Beziehung religiöser und politischer Identitäten dürfen Politik und Religion somit nicht als zwei gänzlich autonome Bereiche der Gesellschaft begriffen werden.